

## **PRESSEMITTEILUNG**

**ULI SCKERL MdL**

**09. Juni 2015**

### **Land erstattet Gemeinden großzügig inklusionsbedingte Kosten an Schulen**

Seit heute gibt es eine klare Verpflichtung der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg über die Erstattung von Kosten für die schulische Inklusion an die Gemeinden. Das Kabinett hat ein entsprechendes Gesetz beschlossen und dem Landtag zugeleitet. Dem Gesetz liegt eine Vereinbarung der Kommunalen Landesverbände mit dem Land zugrunde. „Das Land zahlt im kommenden Schuljahr, in dem Inklusion zum ersten Mal an allgemein bildenden Schulen verpflichtend wird, den Kommunen insgesamt einen Ausgleich von 18 Mio. Euro. Das ist ein fairer Interessensausgleich zwischen Land und Kommunen“, sagte der grüne Landtagsabgeordnete Uli Sckerl. Die Zusage des Landes zur Kostenerstattung und zu Zuschüssen sei insbesondere für die Gemeinden im Schulamtsbezirk Mannheim wichtig. „Durch die Teilnahme am Pilotversuch Inklusion seit 2011 ist die Zahl der Schüler mit einer Behinderung, die auf eine allgemein bildende Schule gehen, z.B. in Weinheim deutlich höher als im Landesdurchschnitt. Hier hilft die Landesförderung ganz besonders“, so Sckerl. Er zählte die Kostenarten und Bereiche auf, in denen Kostenerstattungen und Zuschüsse erfolgen werden: 1. Schulträgerkosten, wie z.B. bauliche Aufwendungen des Schulträgers für eine Inklusionsschule; 2. Kosten der Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe, die durch eine Beschulung von Kindern mit einer Behinderung in einer allgemein bildenden Schule entstehen; 3. Kosten der Schülerbeförderung. Sckerl betonte insbesondere, dass bauliche Aufwendungen, die durch die Beschulung von Kindern mit einer Behinderung entstehen, den Kommunen vom Land vollständig ersetzt werden. Insgesamt wird das Land den Kommunen in den folgenden Schuljahren erstatten: 2015/16 18 Mio., 2016/17 24 Mio., ab dem Schuljahr 2017/18 30 Mio. Euro für die genannten kommunalen Kosten. Die tatsächlich den Kommunen entstehenden Kosten werden ab dem Schuljahr 2015/16 überprüft, die Kostenerstattung des Landes wird bei Bedarf angepasst. Uli Sckerl abschließend: „Das Land geht zum wiederholten Male sehr fair mit den Kommunen um“.